



Vorsitzender:

Gerd Weimer, Eschenweg 21, 72076 Tübingen

Stv. Vorsitzende:

Robert Hahn, Fröbelweg 1, 72108 Rottenburg

Renate Schelling, Dorfstr. 3, 72144 Dußlingen

Geschäftsführer:

Dr. Dieter Schmidt, Holderweg 8, 72116 Mössingen

Weitere Fraktionsmitglieder:

Erika Braungardt-Friedrichs, Windfeldstr. 6, 72072 Tübingen

Rita Haller-Haid, Schwalbenweg 39, 72076 Tübingen

Erwin Hartmann, Fichtenstr. 14, 72108 Rottenburg

Michael Lucke, Uhlandstr. 22, 72072 Tübingen

Rita Pehlke-Seidel, Öschlesgärtenweg 6, 72116 Mössingen

Haushaltsrede zum Haushalt 2010

Anrede,

der Vorbericht zum Kreishaushalt endet mit einer klaren Ansage unserer Finanzexperten. Dort heißt es: „...dass der Kreishaushalt 2010 vordergründig einen soliden Eindruck macht, liegt allein an der Steuerkraft des Jahres 2008 (...) trotz des höchstens Aufkommens an Kreisumlage, das wir je im Landkreis Tübingen hatten, ist es erforderlich (...), 2,1 Millionen Kredite aufzunehmen, um den Vermögenshaushalt auszugleichen. Das Haushaltsjahr 2011 wird bei deutlich gesunkener Steuerkraft (...) ganz andere Maßnahmen notwendig werden lassen.“

Deutliche Worte – aber selbst diese unmissverständlichen Hinweise sind nur die halbe Wahrheit. Die volle Wahrheit ist, dass wir zunächst mit der Hypothek eines Fehlbetrags von über 2 Millionen Euro in das kommende Haushaltsjahr starten und dass sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben bis 2013 heftig öffnen wird.

Hinzu kommt: Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das das BIP um schlappe 0,2 % erhöhen wird, kostet den Landkreis zusätzliche Mindereinnahmen, die im heute zu beschließenden Haushalt noch gar nicht berücksichtigt sind!

Dass vom Land Baden-Württemberg, das seinen Haushalt so spät wie noch nie in der Landesgeschichte, nämlich erst im Februar verabschieden wird, der große kommunal-freundliche Befreiungsschlag kommt, ist angesichts der Finanzprobleme im Landeshaushalt so unwahrscheinlich wie, dass Ostern auf Weihnachten fällt.

Auf weitere Risiken und Nebenwirkungen im Kreishaushalt habe ich in unserer jüngsten Kreisecke hingewiesen, ich kann mich deshalb kurz fassen.

- a) Eine große Steuerreform wie von der Bundesregierung angekündigt würde ohne volle Kompensation der zu erwartenden Steuerausfälle zu einem Bankrott aller Kommunalfinanzen führen.
- b) Wie sich die Einführung der Werkrealschule auf die Kosten der Schülerbeförderung auswirken wird, ist im Augenblick völlig offen.
- c) Die Lohn- und Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten des Landkreises werden mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht bei nur 1 % Tarifsteigerung enden.
- d) Die wirtschaftliche Entwicklung für 2010 wird allgemein positiv eingeschätzt. Das ist gut so, aber ob die Unternehmen ihre Erlöse in Arbeitsplätze investieren oder nicht eher in Rationalisierungsmaßnahmen – das ist die Frage. Viele Wirtschaftsexperten gehen deshalb für 2010 von einer eher steigenden Arbeitslosenquote aus. Wir fürchten, dass deshalb mehr als die von der Verwaltung angenommenen 150 zusätzlichen Haushalte in unserem Sozialetat auftauchen werden.

Leider lässt auch der Blick in die mittlere Zukunft der Kreisfinanzen keine große Erleichterung aufkommen. Bei aller Freude darüber, dass

im Kreis Tübingen die Menschen deutschlandweit am ältesten werden – der demografische Wandel hat auch seinen Preis. Die Verschiebungen im Altersaufbau sind im Kreishaushalt längst angekommen und werden sich vor allem bei der Eingliederungshilfe und beim SGB XII dauerhaft niederschlagen. Mehr noch: Der Landkreis Tübingen ist in seiner soziologischen Struktur nicht mit anderen Landkreisen zu vergleichen. Er ist eher ein Brennglas großstädtischer Strukturen und darum nur mit Stadtkreisen vergleichbar.

Solche Fakten fatalistisch zur Kenntnis zu nehmen, wäre grundfalsch, wir würden unserer Verantwortung gegenüber den Menschen im Kreis nicht gerecht. Was wir aus eigener Kraft tun können, muss deshalb angepackt werden. Unsere Fraktion hat vor einigen Jahren bei der Jugendhilfe auf die Ausnutzung eigener Steuerungspotenziale und einen effektiveren Mitteleinsatz gedrängt, wie wir heute wissen: mit Erfolg. Insofern begrüßen wir die jetzt von der Verwaltung ergriffene Initiative, auch bei dem großen Brocken Eingliederungshilfe mit einer Organisationsuntersuchung einen Entwicklungsprozess und eine entsprechende Fachplanung auf den Weg zu bringen.

Nur: Diese aus eigener Kraft möglichen und notwendigen Maßnahmen werden nicht ausreichen. Wenn ich an die Grundsicherung im Alter, aber auch an das SGB II denke, stellt sich die Frage, ob die gegenwärtige Lastenteilung zwischen Bund, Land und kommunaler Familie noch gerecht genannt werden kann. Insofern darf man sehr gespannt sein, wie bei der Neuorganisation der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen die finanziellen Lasten verteilt werden. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Fraktion für 2010 Haushaltsanträge gestellt, bei denen die Mehrausgaben durch Mehreinnahmen solide gegenfinanziert sind. Wir stehen angesichts der vor uns liegenden Jahre mit dem Rücken an der Wand, finanzpolitische Abenteuer sind mit uns nicht zu machen.

Deshalb werden wir bei der Abstimmung nachher solche Anträge mittragen, die bezwecken, dass das Haushaltsloch 2009 als allererstes gestopft wird – wenn es sein muss auch um den Preis höherer Kredite. Sollte sich nach Abschluss der Beratung der einzelnen Fraktionsanträge herausstellen, dass es noch Spielraum gibt, wird sich die SPD-Fraktion auch einer moderaten Absenkung der Kreisumlage nicht entziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein guter Brauch, dass bei Haushaltsberatungen alles angesprochen werden darf, was man schon immer einmal sagen wollte. Lassen Sie mich deshalb einige Bitten und Erwartungen formulieren:

Dreijahresverträge bei Freiwilligkeitsleistungen

Die Verwaltung hat dankenswerterweise eine Initiative der SPD aufgegriffen und mit vielen gemeinnützigen Vereinen, die vom Landkreis unterstützt werden, Dreijahresverträge abgeschlossen. Die meisten dieser Verträge schließen das schwierige Haushaltsjahr 2011 mit ein. Das ist gut für das bürgerschaftliche Engagement, es ist aber auch gut für den Kreistag zu wissen, dass dieser Bereich – jedenfalls für den vertraglich garantierten Zeitraum – für Sparaktionen nicht zur Verfügung steht.

Die Zukunft des Jobzentrums

Wer gedacht hatte, dass mit der neuen Bundesregierung der Weg frei würde für eine kommunalfreundlichere Ausrichtung der Arbeitsverwaltung, reibt sich aus heutiger Sicht erstaunt die Augen. Nichts soll es werden mit „allen Hilfen aus einer Hand“, eher wird es wie vor 5 Jahren zu einem ätzenden Feilschen zwischen ungleichen Partnern kommen. Die SPD-Fraktion steht zu dem einmütigen Kreistagsbeschluss, für die Kommunalisierung eine Bresche zu schlagen. Wir machen deshalb den Vorschlag, natürlich in Abhängigkeit vom Gesetzgebungsverfahren, die Wiedergründung unserer altbewährten KomAG ernsthaft zu prüfen.

Armuts- und Reichtumsbericht

Die Verwaltung arbeitet derzeit an der Fortschreibung des ersten, teilweise heftig kritisierten Berichtes. Durch den Weggang des Abteilungsleiters sollte dennoch kein Stillstand in den Arbeiten eintreten. Vor allem erwarten wir bei der Erstellung ein besseres Beteiligungsverfahren – was beim Kreisaltenplan so hervorragend geklappt hat, sollte auch Maßstab für diesen Bericht sein, einschließlich der Formulierung von Handlungsempfehlungen.

Die Zukunft der Müllabfuhr

Wir begrüßen die Entscheidung der Stadt Tübingen, ihre Müllabfuhr keinem ruinösen und unsozialen Dumping-Wettbewerb einer Branche auszusetzen, in der es bis heute nicht einmal einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Was nutzt es unserer Gesellschaft, was nutzt es auch sozial schwächeren Menschen, die auf eine möglichst billige Müllabfuhr angewiesen sind, wenn die sozialen Folgekosten Jahre später beim Steuerzahler wegen nicht mehr finanzierbarer Sozialsysteme potenziert auftauchen?

Öffentlichkeit

Ein letzter Punkt: Die Kreisebene hat in den letzten Jahren, vor allem durch die Verwaltungsreform, an politischer Bedeutung eindeutig gewonnen. Dieser höhere Stellenwert sollte sich deshalb auch in mehr Bürgernähe manifestieren. Wir haben dazu konkrete Vorschläge gemacht und bitten die Kolleginnen und Kollegen, diese Vorschläge unvoreingenommen zu prüfen und zu unterstützen.

- Öffentlichkeit im Haushaltsberatungsverfahren
- Bürgerversammlungen
- Bürgerfragestunde im Kreistag

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!